



Die Schweiz besitzt das modernste Staatswesen der jüngsten Geschichte – Gedanken zum 1. August

von Thomas Kaiser

Anschläge in Frankreich, in Deutschland, in Afghanistan, im Irak, Putsch in der Türkei, Brexit in Grossbritannien, Wahlen in den USA, Spannungen im Südchinesischen Meer, Wirtschaftskrise in Venezuela etc., ect. Wir Menschen werden von den Medien mit all diesen Schlagzeilen und Titelstories im Karree herumgejagt, ohne dass wir schlüssige Informationen und Antworten bekommen, um zu verstehen, was sich eigentlich in diesen Ländern abspielt. Die Welt, so wird suggeriert, scheint völlig aus den Fugen geraten zu sein, und man ist geneigt zu sagen, es wird immer schlimmer. In solchen Zeiten ist es besonders wichtig, dass man einen eigenen Standpunkt entwickelt, von dem aus man die Dinge beurteilen möchte. Was sind die Hintergründe des Anschlags in Nizza, wer steckt hinter dem Putschversuch in der Türkei? Das sind Fragen, die uns Menschen zu Recht beschäftigen, und zu schnelle Antworten leiten das Denken in eine falsche Richtung.

Welche Entwicklung sich zukünftig in diesen betroffenen Ländern vollziehen wird, muss genau beobachtet werden und lässt möglicherweise Rückschlüsse auf die Urheberchaft der Untaten zu. Sowohl in Frankreich als auch in der Türkei werden jetzt grundlegende Freiheitsrechte ausser Kraft gesetzt. Während die europäischen Staaten die Türkei dafür massregeln, bekommt Frankreich zustimmende Unterstützung. «Menschenrechte à la carte», wie der Völkerrechtler Alfred de Zayas einst treffend formulierte. Was dem einen Staat als angemessene Reaktion zugestanden wird, wird dem anderen als eine Verletzung grundlegender Menschenrechte vorgeworfen... Für die Opfer dieser Taten und die Hinterbliebenen ist es eine Katastrophe. Was und wer auch immer die Drahtzieher waren, die getöteten Menschen werden nicht mehr lebendig.

Meinungsaustausch gegen Meinungsmanipulation

Um der Wahrheit etwas näher zu kommen, müssen wir also versuchen, aufmerksam zu beobachten, was in den einzelnen Ländern weiter geschieht, wobei wir nur so viel erfahren werden, wie wir – meist aktiv – an Informationen zusammentragen können, die nicht bereits durch die oft gleichförmig berichtenden Medien gefiltert worden sind. Erhellend ist es, wenn wir mit Bürgerinnen und Bürgern aus den entsprechenden Ländern in Kontakt treten und so erfahren, was und wie sie denken. Häufig sind deren Beobachtungen und Informationen glaubwürdiger als das, was wir in unseren Mainstreammedien zu lesen bekommen. Die Zivilgesellschaft stellt immer ein Korrektiv zur Meinungsmanipulation dar.

Dort, wo die Menschen den freien Austausch pflegen können,



Entstanden ist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1863 in der neutralen Schweiz. Dank seiner strikten Neutralität kann es zum Segen der Menschen weltweit wirken. Gleiches gilt auch für unser Land. Wenn die Schweiz etwas für den Frieden auf der Welt beitragen kann, dann nur wenn sie weiterhin neutral bleibt und sich niemandem andient. So wollen es 95% der Schweizerinnen und Schweizer. (Bild thk)

wird die Manipulation am wenigsten Erfolg haben. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger über politische Fragen austauschen, kommen immer verschiedene Sichtweisen zusammen. Sie tragen dazu bei, das eigene Bild zu schärfen und einen Standpunkt zu entwickeln. Dieses Vorgehen gehört zur politischen Kultur in unserem Land, dessen Grundsteinlegung, dokumentiert durch den Bundesbrief vom Jahre 1291, jeweils am 1. August gefeiert wird. Dieser Tag bietet landauf, landab Gelegenheit, sich zur Schweiz zu äussern, doch darf es nicht nur bei

Fortsetzung auf Seite 2

Direkte Demokratie braucht solide Bildung

von Susanne Lienhard und Andreas Kaiser 4

«Das Vertrauen wieder herzustellen ist schwieriger geworden, aber immer noch möglich»

Zur Lage der Kurden in der Türkei

Interview mit Rüstü Demirkaya

6

Steigende Spannungen im Südchinesischen Meer

von Gotthard Frick

9

Krisen als Türöffner zur neoliberalen Weltordnung

von Reinhard Koradi

10

Eindrückliche Leistungsschau der Schweizer Bauernfamilien

von Reinhard Koradi

12

Fortsetzung von Seite 1

schönen Reden bleiben, zu wertvoll ist die uns übertragene Hinterlassenschaft.

Viele Generationen haben darum gekämpft und gerungen, ein demokratisches Staatswesen aufzubauen, das mit Fug und Recht als solches bezeichnet werden darf. Wir dürfen es aus kurzfristiger Interessenspolitik oder zunehmendem Egoismus nicht aufs Spiel setzen.

Die Grundlagen unserer direkten Demokratie sind zum einen das Vertrauen in den Menschen, dass er in der Lage ist, verantwortlich und ehrlich ein friedliches Zusammenleben zu organisieren bei einem Höchstmass an persönlicher und politischer Freiheit, und zum anderen die Überzeugung, dass die Menschen gleichwertig sind. Nur so ist es zu erklären, dass das System der Schweiz alle Angriffe von innen und aussen bis heute überlebt hat.

Eigenständigkeit statt Machtpolitik

Im Verlauf der Geschichte konnte sich die Schweiz jedoch nie auf ihren Lorbeeren ausruhen. Bereits in der Gründungsurkunde der Eidgenossenschaft, in der sich die drei Waldstätten gegen innere und äussere Feinde Unterstützung zusicherten und u.a. keine fremden Richter akzeptierten, ist von «der Arglist der Zeit» die Rede, vor der man sich schützen wollte. Dahinter verbarg sich neben anderem auch die Auseinandersetzung mit den Habsburgern. Damals gab es solche, die einem Aufgehen im Habsburgerreich zustimmend gegenüberstanden und sich der Macht unterwerfen wollten. Friedrich Schiller hat in seinem weltberühmten Geschichtsdrama

«Wilhelm Tell» diese Problematik treffend herausgeschält, so dass dieses Theaterstück noch heute höchste Aktualität besitzt. Der unbedingte Wille der drei Waldstätten, sich niemandem anzudienen und die Eigenständigkeit nicht zugunsten einer irgendwie gearteten Machtpolitik aufzugeben, sollte auch heute unsere Richtschnur sein.

Seit der Gründung des Bundesstaats 1848 gab es mehrere Situationen, in denen sich die Schweiz einer europäischen Grossmacht hätte anschliessen und so zumindest vorübergehend in den Glanz imperialer Politik kommen können, doch wohlweislich hat sie ihre Neutralität gewahrt und sich aus Hegemonialpolitik und Kriegen herausgehalten, auch wenn man hin und wieder zähneknirschend Zugeständnisse machen musste, um den eigenen Nationalstaat zu schützen.

95 Prozent der Schweizer Bevölkerung für Neutralität

Und wie sieht das heute aus? Die Studie der ETH «Sicherheit 2016» vom Juni dieses Jahres bringt es ans Tageslicht. Für 95% der Schweizer Bevölkerung ist die Neutralität unverzichtbar. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen neutral bleiben. Dennoch organisierte das VBS zusammen mit dem EDA im Februar ganz still und heimlich eine Nato-Konferenz in Zürich. Die Mitgliedschaft der Schweiz bei der Nato-Unterorganisation Partnership for Peace (PFP) als Ursache für das Treffen ist mit der Neutralität unvereinbar, aber das Volk wurde im Jahre 1996, als die Schweiz der PFP beitrug, nicht gefragt, ob es das wolle, sondern vom damaligen Bundesrat bei Nacht und Nebel beschlossen. Wie sich die Schweizer

Bevölkerung zur Nato stellt, zeigt die erwähnte Umfrage, denn 78% lehnen einen Beitritt zur Nato ab. Noch höher liegt der Ablehnungsgrad gegenüber einem EU-Beitritt, hier sprechen sich 84% dagegen aus.

Gemäss dieser Studie will die überwiegende Mehrheit eine unabhängige und neutrale Schweiz, die ihre Geschicke von der Verteidigung über die Währung bis hin zur Zuwanderung selbst regelt. Ein Aufgehen in einem Gross(macht)-gebilde wie der EU kommt nicht in Frage. Dennoch liegen diese Fragen auf dem Tisch. Seit die Schweiz die Einwanderung selbst regeln und sich nicht dem Diktat aus Brüssel unterordnen möchte, gibt es anscheinend unüberbrückbare Differenzen im Verhältnis Schweiz-EU. In der EU ist es üblich, dass die Mitgliedsländer alles auf Punkt und Komma übernehmen, ohne dass das Volk auch nur einen Mucks dazu machen kann.

Die direkte Demokratie der Schweiz ist nicht mit anderen Demokratien vergleichbar

In der Schweiz ist das dank der Weitsicht ihrer Vorväter anders. Hier ist das Volk der Souverän. Es bestimmt über wesentliche Dinge in der Politik und hat damit auch in zentralen Fragen das letzte Wort. Diese Eigenheit der Schweiz zeichnet ihren Sonderfall aus, den man in gewissen politischen Kreisen so gerne negieren möchte, denn ein Sonderfall passt nicht in das stromlinienförmige Gepräge der übrigen EU-Staaten. Auch die einmalige Abstimmung in Grossbritannien über den Austritt aus der EU von Camerons Gnaden hat nichts mit der direkten Demokratie der Schweiz zu tun, in der die Verfassung dem Volk das Recht gibt, eine

Impressum**Zeitgeschehen im Fokus**

Erscheinung: 18mal jährlich

Herausgeber: Verein «Zeitgeschehen im Fokus» | Postfach | 8305 Dietlikon

Redaktion: Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hhg), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung: Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt: redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online: www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2016 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie**Zeitgeschehen im Fokus**

Online-Ausgabe: CHF 45.00/Jahr

Print- und Online-Ausgabe: CHF 75.00/Jahr

Einzelausgabe: CHF 4.00

WIR-Bank-Konto: 679.098-07.1800

IBAN: CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung: abo@zgjf.ch

Online: www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/abo/

Bestell-Talon auf Seite 8



(Bild thk)

Verfassungsinitiative zu lancieren oder das Referendum zu einem Gesetz zu ergreifen. Nein, die direkte Demokratie der Schweiz ist etwas völlig anderes und weder mit dem demokratischen System Englands noch sonst eines Staates vergleichbar.

Es ist tatsächlich so, kein Land der Erde hat in seiner Geschichte eine solche Entwicklung durchgemacht und diese Schlüsse daraus gezogen wie die Confœderatio Helvetica oder die Schweizerische Eidgenossenschaft. In keinem anderen Land konnte die Bevölkerung sich in politischen Dingen so durchsetzen wie in der Schweiz. Damit haben die Menschen in diesem Land sich das modernste Staatswesen der jüngsten Geschichte geschaffen. Und dies gilt es zu verteidigen, gegen Angriffe von innen oder von aussen, eben gegen «die Arglist der Zeit». Und die Angriffe waren und sind massiv. Vieles, was ein Resultat schweizerischer Eigenheit war, wurde von aussen durch die EU, die USA, die OECD, den IWF und andere attackiert. Das Land wurde erpresst und unter Druck gesetzt, man drohte mit Sammelklagen, der Einschränkung des Marktzugangs, schwarzen Listen, dem Ausschluss aus der G20 und nicht zuletzt mit der Kavallerie. Warum das alles? Wo stört die Schweiz, eines der friedlichsten Länder weit und breit? Warum wurde und wird sie so in die Zange genommen?

In der Entwicklung Europas und dem Rest der sogenannten westlichen Welt hat man nach der Ära des Kalten Krieges das neue Zeital-

ter der Globalisierung heraufbeschworen, manche sprachen auch vom American century oder von den USA als einziger Weltmacht. Also historisch grundsätzlich nichts Neues. Von Globalisierung kann man auch während des Zeitalters des Imperialismus sprechen. Damals waren Grossbritannien und Frankreich die «Weltmächte». Fast die Hälfte des Globus war unter der Herrschaft des britischen Empires. Globalisierung pur. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die USA zur Weltmacht und die britische Globalisierung wird unter anderen Vorzeichen fortgeführt, man macht die Staaten wirtschaftlich abhängig.

Aufgehen in der EU oder der Nato kommt nicht in Frage

Während im 19. Jahrhundert der Primat der Politik gegolten hat, bestimmt heute die Wirtschaft die Politik. Die europäische Integration ist nichts anderes als ein wirtschaftsimperialer Prozess, dem sich möglichst alle Staaten unterzuordnen haben. Und eine Unterordnung unter ein supranationales Gebilde bedeutet einen massiven Souveränitätsverlust. Das ist der Schweiz fremd. Seit jeher sind Freiheit und Selbstbestimmtheit der Kitt zwischen den verschiedenen Sprachregionen und kulturellen Ausprägungen. Bereits im Bundesbrief wird dieses Verlangen nach Unabhängigkeit dokumentiert. Die Schweizer Bevölkerung will, wenn man die Zahlen der ETH-Studie betrachtet, am Nationalstaat festhalten. Ein Aufgehen in der EU oder der Nato

kommt nicht in Frage. Diese Einstellung steht einer Globalisierung, die den Nationalstaat schleifen will, im Wege. Daneben hat die Schweiz für andere Menschen Vorbildcharakter. Sie ist ein Staat, in dem die Bürgerinnen und Bürger über ganz zentrale politische Fragen selbst entscheiden dürfen. Solange die Schweiz in ihrer heutigen Form als direktdemokratischer, souveräner Nationalstaat existiert, können sich die Völker anderer Länder daran aufrichten und mehr Mitbestimmung und Mitsprache in ihren Ländern einfordern. Das gefällt nicht allen.

Engagement für weltweiten Frieden statt globaler Ausbeutung

Die Andersartigkeit des Schweizer Staatswesens, das einen mündigen und verantwortungsbewussten Staatsbürger verlangt, wird von vielen Politikern im Ausland nicht verstanden. Selbst im eigenen Land staunt man über Kommentare zu politischen Willensäusserungen und Entscheidungen. Unabhängig und souverän zu sein mit Abschottung, Inseldasein und Ausländerfeindlichkeit gleichzusetzen, ist böswillige Propaganda. Im Jahre 2014 waren 24.3% der Bevölkerung in der Schweiz Ausländer. Zum anderen hat die Schweiz neben den bilateralen Verträgen mit der EU über die ETFA mit unzähligen Staaten Handelsabkommen abgeschlossen. Als Depositarstaat der vier Genfer Konventionen, als Hort des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und vieler in der Schweiz beheimateter internationaler Organisationen ist das Land weltoffen und solidarisch. Es ist nicht von ungefähr, dass Menschen in anderen Staaten das Emblem des Roten Kreuzes mit dem Schweizerkreuz verwechseln.

Das ist die Rolle, die die Schweiz auf der internationalen Bühne spielt, nicht die einer imperialen Grossmacht, sondern bescheiden, aber aufrecht und ehrlich als neutraler Kleinstaat sich für ein friedliches Zusammenleben der Völker einzusetzen, um so einen konstruktiven Beitrag in der Welt zu leisten. Engagement für weltweiten Frieden statt globaler Ausbeutung. ■

Direkte Demokratie braucht solide Bildung

Sprachenpolitik à la EU – Nein danke!

von Susanne Lienhard und Andreas Kaiser

Warum wird die Sprachenfrage ausgerechnet in der viersprachigen Schweiz, die eine lange Tradition der Vielsprachigkeit hat, medial und politisch plötzlich so hochgespielt? Warum droht Bundesrat Berset, per Gesetz in die Bildungshoheit der Kantone einzugreifen, falls sie nicht spüren und in der Primarschule nicht zwei Fremdsprachen unterrichten?

Die aktuelle Sprachenpolitik ist nur im Kontext des neoliberalen Umbaus der europäischen Bildungssysteme nach anglo-amerikanischem Vorbild zu verstehen. Seit den 90er Jahren wird dieser Umbau auf nationaler Ebene mit Hilfe internationaler Akteure wie z.B. der OECD mit den PISA-Tests oder der EU mit dem Bologna-Prozess erzwungen.¹ Durch beides wird Bildung nach ökonomischen Kriterien standardisiert und vergleichbar gemacht. Die Länder geraten unter Druck, ihre Bildungssysteme entsprechend umzubauen, um im internationalen Vergleich gut abzuschneiden. Auch in der Schweiz gibt es Kreise, die unser bewährtes, demokratisch verankertes Bildungswesen der Globalisierung opfern wollen. So hat zum Beispiel der ehemalige Zürcher Bildungsdirektor und New Public Management Verfechter, Ernst Buschor, mit mehreren Reformmassnahmen dafür gesorgt, dass das Zürcher Bildungswesen nach rein wirtschaftlichen Kriterien im Sinne der oben erwähnten internationalen Akteure umgebaut wird. In diesem Kontext führte er im Jahre 2000 im Kanton Zürich ab der 3. Klasse Englisch vor der Landessprache Französisch als erste Fremdsprache ein. Ein Affront gegenüber der viersprachigen Wilensnation! Das war jedoch kein Zufall, da seit demselben Jahr die Förderung der sogenannten «Mehrsprachigkeit» ganz oben auf der EU-Agenda steht (Lissabon Strategie). Top-down wird den Mitgliederländern die Sprachenpolitik diktiert. Als Auftakt wurde

2001 das «Europäische Jahr der Sprachen» ausgerufen. Der Europarat entwickelte einen «Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen» (GER), der den Spracherwerb, die Sprachanwendung und die Sprachkompetenz in ganz Europa bedarfsorientiert, transparent und vergleichbar machen sollte. Für alle Sprachen wurden dazu drei zweigliedrige Kompetenzniveaus definiert (A1-C2). Das «Europäische Sprachenportfolio» listet die individuell erworbenen Kompetenznachweise auf und dient dem Arbeitnehmer dazu, seine «Markttauglichkeit» zu beweisen. Die «Kompetenzen» werden allerdings von der OECD vorgegeben und entsprechen ihrer Vorstellung, was «in modernen Gesellschaften für eine befriedigende Lebensführung in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht sowie für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben» notwendig sei.²

Im Jahr 2002 wurde an der Sitzung des Europäischen Rates in Barcelona beschlossen, dass alle Bürger zusätzlich zu ihrer Muttersprache zwei Fremdsprachen kennen sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der wissenschaftlich äusserst umstrittene Frühfremdsprachenunterricht propagiert. Seit 2007 besteht ein eigener EU-Geschäftsbereich «Mehrsprachigkeit». In allen Ländern, auch in der Schweiz³, werden Agenturen eingerichtet, die die Implementierung der «Mehrsprachigkeit» vortreiben und überwachen sollen.

«Mehrsprachigkeit» meint aber nicht die Beherrschung mehrerer Sprachen. «Im Zentrum des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule stehen das Verstehen und das sich Verständlich-Machen-Können. Solange die Verständigung gelingt, spielen Fehler, die dabei gemacht werden, eine untergeordnete Rolle. Dieses Verständnis von Mehrsprachigkeit wird mit dem Fachbegriff funktionale Mehrsprachigkeit umschrieben.»⁴ Der Schüler darf also das französische Wort «le

maître» schreiben, wie es gesprochen wird: «lö mätre». Dem Lehrer wird untersagt, es zu korrigieren. Er soll gemäss Mehrsprachendidaktik die Schüler für das Funktionieren von Sprache, die sprachliche und kulturelle Vielfalt und das Lernen von Sprachen sensibilisieren.⁵ Wie das in der Praxis aussieht, zeigt folgendes Beispiel aus dem Lehrmittel «Mille feuilles» (4. Klasse, 2. Lernjahr Französisch):

«Mille feuilles»

Deutsch	die Ziege
Französisch	la chèvre
Italienisch	la capra
Spanisch	la cabra
Portugiesisch	a cabra
Englisch	the goat
Albanisch	dhia
Türkisch	keçi

Weisst du...

- dass der Begleiter im **Albanischen** als letzter Buchstabe an das Nomen angehängt wird? **i** und **u** bei männlichen Nomen, **a** bei weiblichen Nomen
- dass es im **Russischen** drei Geschlechter gibt – genau wie im Deutschen?
- dass es in der **türkischen** und **chinesischen** Sprache keinen Begleiter gibt?

→ **Notiere deine Einsichten.**

Betrachtet man dieses Beispiel, versteht man die 10-jährige Schülerin, die zu ihrer Mutter sagt: «Mir gefällt eigentlich Französisch, aber ich möchte es auch richtig lernen.»

Für die Bildungsakteure reichen offenbar ungefähre sprachliche und kulturelle Kenntnisse aus, um für die globalisierte Wirtschaft fit zu sein und in verschiedenen Regionen Europas konsumieren, arbeiten und Geschäfte machen zu können. Für das Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz ist dieses Häppchenwissen jedoch nicht genug. Mündige Staatsbürgerinnen und -bürger benötigen eine umfassende Bildung, die Voraussetzung ist für selbständiges Denken und für verantwortungsvolles Handeln.

Bildungshoheit liegt bei den Kantonen

Dem Schweizer Volk kann man kein X für ein U vormachen. Die Bildungshoheit liegt bei den Kantonen und nicht beim Bund, und die Bürgerinnen und Bürger können mittels Initiative und Referendum die Politik mitgestalten. Zahlreiche kantonale Initiativen zum Frühfremdsprachenunterricht und zum Lehrplan 21 zeigen, dass sie nicht zuschauen, wie ganze Generationen von Schülern mit Halbwissen abgefüttert und zur Manövriermasse globalisierter Konzerne und politischer Eliten gemacht werden.

Im Bewusstsein darum, dass die direkte Demokratie nur durch Staatsbürger lebt, die eine solide Bildung besitzen und in der Lage sind, selbständig denkend und verantwortungsbewusst zum Gemeinwohl beizutragen, gilt es, inezuhalten, die bereits gemachten Erfahrungen wissenschaftlich auszuwerten und sich auf das Wesentliche zu besinnen.

Bis heute gibt es keine Studie, die eindeutig belegt, dass der frühe Fremdsprachenunterricht mit zwei Wochenstunden in der Primarschule bei den Schulabgängern bessere Fremdsprachenkenntnisse zur Folge hätte.⁶ Lehrmeister und weiterführende Schulen stellen hingegen fest, dass viele Schulabgänger in der Erstsprache zunehmend Defizite aufweisen. Sie beherrschen weder Rechtschreibung noch Grammatik und sind nicht in der Lage, komplexere Texte zu verstehen, geschweige denn zu schreiben. Simone Pfenninger, Sprachwissenschaftlerin an der Universität Zürich, stellt in ihrer Langzeitstudie⁷ fest, dass der frühe Fremdsprachenunterricht sich weder kurz- noch langfristig vorteilhaft auswirkt. Die Spätlerner holen den anfänglichen Rückstand innerhalb eines halben Jahres auf der Oberstufe problemlos auf.

Simone Pfenninger erklärt sich diesen Umstand damit, dass zu Beginn der Oberstufe die Spätlerner signifikant bessere schriftliche Deutschkenntnisse aufwiesen als die Frühlerner, die bereits in der Primarschule in Deutsch, Englisch und Französisch unterrichtet worden waren.



«Das Augenmerk muss in der Primarschule unbedingt wieder vermehrt auf den Erstsprachenunterricht gelegt werden.» (Bild © Elonore H. – stock.adobe.com)

«Wer in Deutsch gut ist, lernt besser Englisch»

Die Spätlerner begannen den Fremdsprachenunterricht daher mit einer günstigeren Grundlage in der Erstsprache. «Wer gut in Deutsch ist, kann diesen Vorteil auf die Fremdsprache übertragen, völlig unabhängig vom Alter bei Lernbeginn oder vom biologischen Alter», fasst Simone Pfenninger zusammen.⁸ Während also gute Kenntnisse in der Erstsprache dem Fremdsprachenlernen förderlich sind, scheint der Frühfremdsprachenunterricht auf Kosten der Erstsprache stattzufinden.

Da die Erstsprache aber Voraussetzung ist, um am politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen, muss das Augenmerk in der Primarschule unbedingt wieder vermehrt auf den Erstsprachenunterricht gelegt werden: Deutsch in der Deutschschweiz, Französisch in der Romandie, Italienisch im Tessin und Romanisch in den Bündner Tälern. Sprechen und Schreiben sind ein Handwerk und wollen gelernt und intensiv trainiert sein. Das braucht Raum und Zeit.

Der Bundesrat ist dem Volk verpflichtet und sollte sich dieser Tatsachen besinnen, statt sich bei der EU anzudienen und deren Sprachenstrategie hierzulande top-down durchsetzen zu wollen. Der Bund könnte in seinem Kompetenzbereich viel für die Mehrsprachigkeit und den nationalen

Zusammenhalt tun. Warum nicht das «Welschlandjahr» wieder fördern, die SRG anhalten, in ihren Sendungen die Landessprachen zur Geltung zu bringen, die Bundesbetriebe könnten ihre Lehrlinge für eine Zeit ins Tessin oder die Romandie schicken und die SBB die Ansagen in mindestens zwei Landessprachen und erst dann in Englisch machen. An Möglichkeiten fehlt es nicht. ■

¹ vgl. Kerstin Martens, Klaus Dieter Wolf: Paradoxien der neuen Staatsraison. Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Heft 2, 2006, S. 145–176

² vgl. Deutsches Pisa-Konsortium (Hrsg.) 2001, S. 16

³ 2010 hat der Bundesrat das bilaterale Bildungsabkommen EU-Schweiz unterzeichnet und die ch-Stiftung dazu ausserkoren, die Implementierung der EU-Programme in der Schweiz zu forcieren und zu überwachen.

⁴ Passepartout. Didaktische Grundsätze des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule. 2008. S. 4. Passepartout ist ein interkantonales Reformprojekt des Fremdsprachenunterrichts in den sechs Sprachgrenzkantonen BE, BS, BL, FR, SO und VS. Sie setzen die EDK-Sprachenstrategie von 2004 gemeinsam um, die das Lernen zweier Fremdsprachen in der Primarschule verlangt. Die entsprechenden Lehrmittel «Mille feuilles», «Clin d'oeil» und «New World» sind gemäss der neuen Mehrsprachendidaktik konzipiert.

⁵ vgl. W. Wiater: Didaktik der Mehrsprachigkeit. München 2006

⁶ vgl. Lehrerinnen und Lehrer Schaffhausen: Expertise «Frühes Fremdsprachenlernen in der Primarschule» vom 5.5.2014 vgl. Amelia Lambelet, Raphael Berthele: Alter und schulisches Fremdsprachenlernen. Stand der Forschung. Freiburg 2014

⁷ Pfenninger, Simone E.: The Literacy Factor in the Optimal Age Debate: a 5-Year Longitudinal Study. International Journal of Bilingual Education and Bilingualism. December 10, 2014

⁸ «Wer in Deutsch gut ist, lernt besser Englisch», Medienmitteilung der Universität Zürich vom 10.12.2014

«Das Vertrauen wieder herzustellen ist schwieriger geworden, aber immer noch möglich»

Zur Lage der Kurden in der Türkei

Interview mit Rüstü Demirkaya*

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es im 14-Punkte-Plan des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im März 1918 formuliert wurde, hätte den Kurden das Recht gegeben, einen eigenen Staat zu bilden. Auch im Friedensvertrag von Sèvres 1920, der die Auflösung des Osmanischen Reiches bestimmte, war die Gründung Kurdistans vorgesehen, diese scheiterte jedoch am Widerstand der Türkei und der Kolonialmächte. Bis heute gibt es diesen kurdischen Staat nicht. Die Kurden, immerhin ein Volk von 23 Millionen, leben verteilt auf vier Staaten, Irak, Iran, Syrien und die Türkei, unter den jeweils dort gebotenen Bedingungen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien rückten die Kurden wieder vermehrt in das mediale Interesse, da sie mehr als alle anderen Kriegsparteien ISIS empfindliche Niederlagen beibrachten. Dabei haben sich Dinge abgespielt, die widersprüchlicher nicht sein können. Während die Deutschen im Kampf gegen ISIS Waffen an die Kurden im Irak lieferten, bekämpfte der Nato-Partner Türkei die Kurden mit äusserster Härte. Im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung im Nahen Osten spielt die Kurden-Frage eine wichtige Rolle. Im folgenden Interview legt der kurdisch-türkische Journalist Rüstü Demirkaya seine Sicht der Dinge dar.

* **Rüstü Demirkaya** ist Kurde aus der Türkei. Er ist 32 Jahre alt und lebt seit 2009 in der Schweiz. Ab 2002 hat er für die Nachrichtenagentur DIHA bei der Tageszeitung «Ozgür Gündem» als Reporter und Editor mit Schwerpunkt Menschenrechte gearbeitet. Wegen seiner Berichterstattungen wurden gegen ihn mehrere Gerichtsverfahren eröffnet. Er wurde inhaftiert und nach 7 Monaten dank der Unterstützung internationaler Reporter- und Menschenrechtsorganisationen wieder freigelassen. Später wollte man ihn erneut verhaften und zu 10 Jahre verurteilen. Darauf flüchtete er im Dezember 2009 in die Schweiz. Er berichtet und schreibt weiter für die oben genannte Nachrichtagentur und Zeitung.

Das kurdische Volk hat bis heute keinen eigenen Staat, und so leben die Kurden in verschiedenen Staaten. Könnten Sie einen Überblick über die Situation der Kurden geben?

Wenn man die Geschichte betrachtet, wird man feststellen, dass die Kurden schon immer in dieser Region gelebt haben. Dabei besaßen sie weder einen eigenen Staat, noch herrschten sie über andere Völker. Sie haben auch keine fremde Herrschaft akzeptiert. Das hat eine lange Tradition.

Wie hat sich die Lage der Kurden in den letzten Jahren entwickelt?

Im Irak haben die Kurden bis zum letzten Irak-Krieg 2003 mehr oder weniger ihre Autonomie gehabt, die nach dem Sturz Saddam Husseins verfassungskonform geworden ist.

In Syrien sind Kurden bis zum sogenannten arabischen Frühling rechtlos gewesen. Sie hatten keinen Rechtsstatus, nicht einmal einen Bürgerstatus. Mit dem Krieg gegen ISIS begann die faktische Autonomie der Kurden in Syrien. Zurzeit sind sie dabei, diese in einen völkerrechtlichen Status zu verwandeln.

Was hat sich im Irak die Kurden betreffend geändert?

Die wichtigste Änderung ist die faktische Autonomie, die in der irakischen föderalen Verfassung verankert ist. Die föderative Region Kurdistan im Irak wird vom Barzani-Clan regiert. Die Regierung Barzani ist autoritär und somit undemokratisch. Die Opposition wird unterdrückt, Journalisten verhaftet, auch die Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen bleibt in ihren Händen. Das Volk lebt in bitterarmen Verhältnissen. Das politische Ziel Barzanis liegt in einem kurdischen Nationalstaat, was im allgemeinen die oppositionellen Kurden ablehnen, weil das kurdische Gebiet aus verschiede-



Rüstü Demirkaya (Bild thk)

nen Ethnien und Religionsgemeinschaften besteht. Aber vielleicht muss sich eine neue Regierung in ihren Anfängen so verhalten, damit überhaupt eine demokratische Kultur aufgebaut werden kann.

Wie sieht das Leben der Kurden seit dem Bürgerkrieg in Syrien aus?

Durch den Bürgerkrieg in Syrien entstand ein Machtvakuum, das die Kurden zu nutzen wussten. Sie bauten ein Selbstverwaltungssystem auf, das durch Volksräte gebildet und legitimiert wurde. Das beruht auf der Gleichberechtigung aller Ethnien und Religionsgemeinschaften sowie der Frauen. Dieser Prozess wird daher stark vom Emanzipationskampf der Frauen begleitet. Der aktuelle Stand ist, dass die seit ein paar Monaten ausgerufene Kurdisch-Syrische Föderation SRDK eine völkerrechtliche Anerkennung anstrebt.

Wie war das Leben der Kurden in der Türkei, und hat es sich in der letzten Zeit verändert?

Als ich noch ein Kind war, war es verboten, kurdische Musik zu hören. Wir haben die Kassetten mit kurdischer Musik verstecken müssen. Im türkischen Teil Kurdistans herrschte von Anfang an Kriegszustand. Die Angliederung von Kurdistan erreichte der türkische Staat 1923 durch eine List und später mit Gewalt und Repression. Dem widersetzten sich die Kurden mit Gegengewalt und gründeten eine bewaffnete Volksarmee.

Kurdengebiete im Nahen Osten



Was geschah in den letzten Jahren?

Während des seit fast 30 Jahren andauernden Kriegs wurden 4 000 Dörfer geräumt und Millionen von Menschen aus ihren Lebensräumen verbannt. 12 000 Menschen sind nach ihrer Festnahme verschwunden. Über 100 kurdische Journalisten wurden ermordet, weil sie über diese Geschehnisse berichtet haben. Die kurdischen Parteien wurden über Nacht verboten und Abgeordnete verhaftet usw.

Änderte sich das mit Erdogan?

2002 kam dann die AKP von Erdogan an die Macht und leitete Scheinlösungen wie z. B. kurdisches Fernsehen ein, die aber verfassungsmässig nicht gesichert waren. Dieses unsichere Hin und Her hat bis 2015 angedauert. Nachdem die Kurden in Syrien den Bürgerkrieg für sich entschieden hatten, nahm die Regierung Erdogan diese ungesicherten Zugeständnisse gegenüber den Kurden zurück und begann eine neue Dimension von Krieg gegen die Kurden. Die Bilder aus dem Kriegsgebiet unterscheiden sich nicht von denjenigen aus dem syrischen Bürgerkrieg oder dem Krieg damals in Vietnam.

Es gab seit 2013 einen Friedensprozess zwischen den Kurden und der Türkei, der von der türkischen Regierung aufgekündigt wurde. Was war der Grund dafür? Wie ist die Situation seit der Änderung der Politik Erdogans gegenüber den Kurden?

Der Erfolg der Kurden in Syrien gegenüber ISIS, die erst mit der Unterstützung Erdogans die Kurden angriffen hatte, inspirierte die Kurden in der Türkei. Selbstverwaltete Kommunen wurden ausgerufen, welche der türkische Staat in der Verfassung nicht verankern wollte. Inzwischen hat die HDP, die kurdische Partei, die mit 59 Vertretern ins Parlament gewählt wurde, Selbstbewusstsein entwickelt. Bei der vorletzten Bundeswahl hatte die Partei mit 80 Abgeordneten einen sehr grossen Erfolg gehabt, was den Selbstverwaltungswillen bestätigte. Erdogan hat 13 Jahre lang versprochen, die kurdische Frage zu lösen. Dafür bekam er die Stimmen der Kurden, die er für den Umbau der Türkei zu einem Präsidialsystem brauchte. Doch nach den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 hat sich das geändert.

Was für Pläne verfolgt Erdogan?

Er wollte – und will noch immer – der neue osmanische Sultan sein. Er wollte und will den Nahen Osten beherrschen. Mit seiner Reaktion auf den Putschversuch kann Erdogan das Ziel, das er schon immer verfolgt hat, erreichen. Ein Anknüpfen an das Osmanische Reich wird nur möglich sein, wenn er die Opposition ausschalten und, wo nötig, Säuberungen durchführen kann. Sein vorgeschobenes Ziel, einen demokratischen Staat aufzubauen zu wollen, ist eine Farce wie bei den Putschisten, die davon gesprochen haben, die Demokratie retten zu wollen. Aber so wird das nicht gehen.

Wegen seiner Kurdenphobie hat Erdogan sowohl in Syrien als auch in der Türkei viel verloren. Der Erfolg des kurdischen Widerstands brachte all seine Pläne zu Fall. Er nimmt jetzt Rache an den Kurden. Das waren die Hauptgründe, warum er den türkischen Staat in einen neuen völkerrechtswidrigen Krieg führte. Jetzt nach dem niedergeschlagenen Putsch kann er diejenigen ausschalten, die gegen seine Politik waren.

Wie sieht der Krieg aus?

Durch diesen Krieg will Erdogan Bürgerkriegsverhältnisse und aggressiven Chauvinismus gegen Kurden erzeugen. Er liess bislang 11 kurdische Städte durch Kriegsflugzeuge und Panzerartillerie in Schutt und Asche legen. Beim Kampf der türkischen Sicherheitskräfte gegen die Kurden sind in den vergangenen Monaten etwa tausend Menschen getötet worden; Männer, Frauen, Kinder. Wochenlange Ausgangssperren werden über die Städte verhängt.

Was heisst das für die Menschen?

Das bedeutet: kein Wasser, keine Elektrizität, keine Lebensmittel, keine medizinische Versorgung, Zugangssperre für die Presse und andere Beobachter. Wer sich aus dem Haus traut, riskiert sein Leben, ob er nun die PKK unterstützt oder nicht. Sie schiessen mit schwerer Artillerie und mit Panzern, also unpräzisen Waffen, die immer auch den Tod von Unbeteiligten bedeuten. In Cizre z. B. wurden über 200 Zivilisten bei lebendigem Leibe in einem Keller verbrannt, wo sie Schutz gesucht hatten. Unter den Opfern war meine Schwester Berjin Demirkaya. Wochen später hat der türkische Staat 3 verkohlte Knochenteile als sterbliche Überreste meinem Vater übergeben.

Das ist abscheulich und absolut unmenschlich. Es erinnert mich an die Situation der Tamilen im Bürgerkrieg.

Ja, Erdogan hat das Vorgehen der Singhalesen gegen die Tamilen als Modell für die Türkei vor Augen. Das formuliert er öffentlich. Das Vorgehen des Militärs ge-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

gen die kurdische Zivilbevölkerung ist äusserst brutal. Während eine Stadt nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht wird, wird von der türkischen Regierung erklärt, dass man die Städte wieder aufbauen wolle. Es wurde schon damit begonnen, Bauaufträge an Firmen zu erteilen, die Erdogan nahestehen. Momentan ist die Regierung dabei, in den neu gebauten Wohnungen syrische «Flüchtlinge» unterzubringen. Die Kurden werden vertrieben. Bei diesen Syrern kann man überhaupt nicht von «Flüchtlingen» reden. Das sind eigentlich ISIS-Kämpfer, die in Syrien und in der Türkei die kurdischen Städte angegriffen und gestürmt haben. Alle diese Kriegsverbrechen wurden bei der Uno und verschiedenen internationalen Organisationen dokumentiert.

Wie gehen die Menschen mit der veränderten Lage in den Kurdengebieten der Türkei um?

Die vertriebenen Menschen sind in die Nachbarprovinzen immigriert. Die Selbstverwaltungsräte und die Kommunen versuchen, hauptsächlich den Menschen mit Spenden und Hilfsgütern, die oft vom Ausland an den «Kurdischen Roten Mond» geschickt werden, zu helfen, weil der Staat die den Gemeinden zustehenden Gelder

gestrichen hat. Ein Beispiel für diese Hilfe ist die Kampagne «Paten Familie», wo man eine in Europa lebende Familie mit einer betroffenen Familie aus den Kriegsgebieten in Kontakt bringt, damit die benötigte Hilfe direkt an die betroffenen Stellen kommt. Der türkische Staat will die Not der Bevölkerung noch verschärfen, um den Willen der Kurden zu brechen. Die Ausgangssperre ist noch verhängt. Viele Menschen können nicht nach Hause zurückkehren. Da viele Häuser zerstört sind, wissen sie nicht, wo sie hin sollen. Auch wurden einige Häuser geplündert.

Was sagen die europäischen Nachbarn?

Die europäischen Staaten wollen es sich mit Erdogan nicht verderben. Sie wollen die Flüchtlingsfrage auf diesem Weg lösen: Sie schweigen. Europa sitzt da und sieht zu, wie Erdogan die Kurden bei lebendigem Leibe verbrennt.

Nach all diesen Widerwärtigkeiten und all der Bestialität kommt man nicht umhin, für die Lösung des Konflikts nach einem Anhaltspunkt zu suchen. Wie könnte eine Lösung des Konflikts aussehen?

Der Krieg darf nicht bis in alle Ewigkeit andauern. Für die Lösung muss man über die Gründe des Konfliktes nachdenken.

Vor allem muss der türkische Staat Strukturen und das Paradigma wechseln. Und das alles muss verfassungsrechtlich gesichert sein. Das schafft zwischen Kurden und türkischer Regierung wieder Vertrauen. Besonders mit dem letzten Krieg hat Erdogan in einem Jahr genau das zerstört. Das wieder herzustellen ist schwieriger geworden, aber immer noch möglich.

Was braucht es?

Dafür muss die türkische Seite ihre Politik grundlegend ändern. In der Türkei sind seit Jahrtausenden verschiedene Völker und Religionsgemeinschaften beheimatet, nicht nur Türken. Die neuen staatlichen und politisch-rechtlichen Strukturen sollten das widerspiegeln, sonst würde die Türkei ein neues Syrien werden mit weitreichenden Folgen und Konsequenzen für Europa. Es braucht keinen eigenen kurdischen Staat, aber es braucht eine demokratische Lösung in der Türkei, bei der alle Völker und Religionsgemeinschaften berücksichtigt werden. Dann könnte die Türkei ein echtes Vorbild für den Nahen Osten werden.

Herr Demirkaya, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser



Bestellen Sie ein Abonnement

Zeitgeschehen im Fokus

Ich abonniere Zeitgeschehen im Fokus:

- Online-Ausgabe** jährlich für **CHF 45.00**
- Print- und Online-Ausgabe** jährlich für **CHF 75.00**
- Einzelausgabe** für **CHF 4.00**

Bitte einsenden an

Verein «Zeitgeschehen im Fokus» | Postfach | 8305 Dietlikon

Absender

Vorname _____

Name _____

Adresse _____

PLZ _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

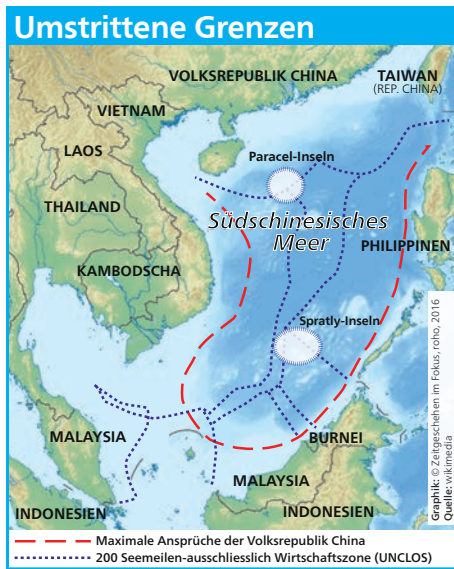
Steigende Spannungen im Südchinesischen Meer

von Gotthard Frick*

Vor wenigen Wochen hat ein internationales Schiedsgericht in Den Haag auf Grund einer Klage der Philippinen festgestellt, dass Chinas Anspruch auf das Südchinesische Meer bzw. das Aufschütten von Inseln keinen Souveränitätsanspruch begründe. Aber schon als die Klage eingereicht wurde, hatte China erklärt, das Schiedsgericht nicht anzuerkennen. Aus diesem Grund hat es auch keinen Vertreter geschickt, denn das hätte eine Anerkennung des Schiedsgerichts bedeutet. Sofort nachdem das Gericht sein Urteil bekannt gegeben hatte, bestätigte China, dass es dieses nicht anerkenne.

Im Südchinesischen Meer, der von den Schiffsbewegungen her wichtigsten Wasserstrasse der Welt, nimmt die gefährliche Spannung weiter zu. Von seiner Südgrenze auf der Insel Hainan aus reicht Chinas territorialer Anspruch rund 1500 km in den Süden. Er steht in Konkurrenz mit den Ansprüchen aller anderen Anrainer bis zu Malaysia, wobei auch diese untereinander konkurrierende Ansprüche haben. Auch die USA, Verbündete Südkoreas, Japans und der Philippinen, anerkennen Chinas Anspruch nicht. Inzwischen hat China auf vier von ihm aufgeschütteten Riffen und Sandbänken Landepisten und Häfen erstellt. Am 14. Juli 2016 meldete die chinesische Presse, dass die beiden jüngsten dieser Landepisten in diesen Tagen durch die erstmalige Landung von Flugzeugen ihre Tauglichkeit bewiesen hätten.

China begründet seinen Anspruch mit Texten und Karten aus der Vergangenheit. Es wird weit in die Geschichte zurückgegriffen, um heutige Ansprüche in einer komplizierten Situation zu be-



gründen. Dabei hängt natürlich viel davon ab, welche Zeitspanne man heranzieht. In Unterlagen, die Chinas Anspruch begründen sollen, werden neben vielen anderen auch Unterlagen genannt, die nur bis 1279 reichen, dem Ende der Song Dynastie. In dem Jahr wurde China Teil des Mongolenreiches und blieb es bis 1368, also fast 100 Jahre lang.

Aber wie auch die Rechtslage ist, China ist eine Grossmacht, und es ist völlig offensichtlich, dass es seine Interessen, wenn nötig, auch gewaltsam verteidigen wird. Es sagt laut und deutlich, dass die Souveränität über dieses Gebiet eine nicht zu überschreitende rote Linie darstelle. Schon in den letzten Jahren wurde in der chinesischen Presse gesagt, ein Krieg mit den USA sei unter Umständen unvermeidlich, und die USA wurden gewarnt, sie sollten nicht meinen, bei einem Konflikt im Vorhof Chinas mit dem Einsatz taktischer A-Waffen siegen zu können, da in diesem Fall China sein ganzes U-Boot- und landgestütztes A-Waffen-Arsenal gegen das kontinentale Nordamerika einsetzen werde. In den Tagen nach dem Entscheid des Schiedsgerichtes hat seine Flotte im umstrittenen Gebiet demonstrativ Scharfschiessen durchgeführt, und es hat offiziell gedroht, über dem Südchinesischen Meer, je nach dem Verhalten der anderen Parteien, eine Luftverteidigungszone einzurichten, wie es das vor nicht langer Zeit im Gelben Meer gemacht hat.

Die USA erklärten, sie würden sich in die Territorialstreitigkeiten zwischen China und den anderen dortigen Staaten nicht einmischen. Aber einige Anrainer sind mit ihnen verbündet, und die USA liefern sogar Waffen für ihren ehemaligen Feind Vietnam, aber auch für Taiwan. Zudem erklären die USA immer wieder, dass sie Chinas Anspruch nicht anerkennen und schicken von Zeit zu Zeit Flugzeuge ihrer Luftwaffe und Kriegsschiffe in die in ihrer Sicht «internationalen» Gewässer und den darüber liegenden Luftraum. Dazu schrieb Chinas Presse, solange die USA nur mit dem Säbel rasseln wollten, halte es sich zurück, aber sollten sie es ernst meinen, werde es scharf schiessen.

Imperiale Hybris

«Als der Flugzeugträger John C. Stennis und vier andere amerikanische Kriegsschiffe letzte Woche in das Südchinesische Meer einfuhren – deklariert als routinemässige Übung – war die Botschaft klar: Die Vereinigten Staaten sind die dominierende militärische Macht in dieser Region und planen dies auch weiterhin zu bleiben.»

Quelle: International New York Times vom 9. März 2016

Falls es nicht gelingt, eine möglicherweise neue Lösung¹ für solche Situationen zu finden, und falls weder China noch die USA nachgeben, wird es dort in der näheren Zukunft Krieg geben. China hat sich gut vorbereitet. Mit seiner grossen Armee, seinen z.T. speziell gegen die amerikanischen Flugzeugträger entwickelten Raketen, die von der amerikanischen Flotte selber «Träger-Killer» genannt werden, und den kurzen Einsatzdistanzen ist es dort militärisch im Vorteil. ■

¹ Im Jahr 2013 konnte der Verfasser in der englischsprachigen chinesischen Tageszeitung «Global Times» im Zusammenhang mit dem Territorialstreit China-Japan vorschlagen, China solle mit einer innovativen neuen Form der Souveränität, konkret einer gemeinsamen Souveränität, im Zeitalter der Nuklearwaffen der Welt einen neuen Weg zeigen, wie solche Konflikte gelöst werden könnten.

Quellen: Mehrere in der chinesischen Presse in den letzten Jahren bis heute erschienene Artikel, Artikel des Verfassers zum Thema in der «Allg. Schweiz. Militärzeitschrift» 2012 und 2015 und in den «Basler Liberalen Nachrichten» 2015, allgemein zugängliche Nachrichten, Wikipedia.

* **Gotthard Frick** ist diplomierter Volks- und Betriebswirt (Institut d'Etudes Politiques, Paris) und hat in unzähligen nationalen und internationalen Projekten seine Spuren hinterlassen. In verschiedenen Firmen bekleidete er leitende Positionen im In- und Ausland. Insgesamt ist er in mehr als 100 Ländern tätig gewesen. Im Schweizer Militär war er bis zum Austritt aus der Armee Infanterie-Bataillonskommandant. Gotthard Frick ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Offiziersgesellschaft beider Basel und der Gruppe Giardino.

Krisen als Türöffner zur neoliberalen Weltordnung

von Reinhard Koradi

Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise führt je länger, je mehr zur Vernachlässigung der goldenen Regeln für einen ordentlich geführten Staatshaushalt. Die Märkte werden mit Papiergeld geflutet, die Verschuldung wird ins masslose gesteigert, und die Unternehmen werden immer mehr aus ihrer Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Staat entlassen. Eine gesunde Volkswirtschaft zeichnet sich durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine ausgeglichene Handelsbilanz aus. Dazu kommen eine stabile Währung und ein möglichst hoher Beschäftigungsgrad der arbeitsfähigen Bevölkerung sowie ein angemessenes Wirtschaftswachstum. Durch die Krise ist das magische Fünfeck ziemlich aus den Fugen geraten. Interessanterweise haben sich die Kapitäne der nationalen Volkswirtschaften (Politik, Zentralbank, Wirtschaft und Lehre) von den bewährten Zielen verabschiedet. Wohl getreu dem Umgang des Fuchses, der die süssen Trauben nicht erreichen konnte. «Der Fuchs biss die Zähne zusammen, rümpfte die Nase und meinte hochmütig: «Sie sind mir noch nicht reif genug, ich mag keine sauren Trauben.» Mit erhobenem Haupt stolzierte er in den Wald zurück.»

Das fehlende Eingeständnis des Unvermögens, die wirtschaftlichen Krisenherde in den Griff zu bekommen, artet dann auch in wenig erfolgversprechende Aktivitäten und skurrile Vorschläge aus: So werden Negativzinsen eingeführt, Unternehmer von Steuern entlastet, Sparpakete geschnürt und laut über Restriktionen beim Bargeldverkehr nachgedacht. Die Idee, die Bürger ohne Gegenleistung mit Geld einzudecken, damit diese mehr konsumieren (Helikoptergeld), kann schon beinahe als Eingeständnis der Ratlosigkeit gegenüber den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen interpretiert werden.

Blasen und Wettbewerbsverfälschungen schaden der Realwirtschaft

Das durch die Notenbanken hinausgeworfene Geld kann die Realwirtschaft nicht schlucken. Das Verhältnis zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage ist infolge des Überangebots durch die expansive Geldpolitik der FED (Amerikanische Notenbank) und der Europäischen Zentralbank massiv gestört. Das Überangebot fliesst in die Spekulation und droht damit, über die Blasenbildung auch noch die bis anhin wertbeständigen Sachgüter (Immobilien) und die Realwirtschaft zu schädigen. Noch bis vor kurzer Zeit war der direkte Zusammenhang zwischen der verfügbaren Geldmenge und der Produktionsleistung einer Volkswirtschaft völlig unbestritten. Ebenso klar war, dass die Sparer, mit deren Geld Investitionen finanziert werden, für ihren Beitrag zum kontinuierlichen Wirtschaftswachstum durch Zinsgutschriften belohnt werden sollten. Schuldenwirtschaft und Geldmengexplosion haben diese Grundwahrheiten ausser Kraft gesetzt und den geregelten Kreislauf massiv gestört. Instabilitäten, mit entsprechendem Vertrauensverlust verbunden, prägen das Geschehen an den Finanzmärkten mit negativer Ausstrahlung auf das politische Wirken auf nationaler wie auch internationaler Ebene.

Etwas läuft falsch

Der wohl gravierendste Falschläufer liegt in der Tatsache, dass sich in den letzten Jahren das Weltwährungs- und Finanzsystem respektive die dahinterstehenden Kräfte eine immense Machtfülle einverleibt haben, die sich von keiner nationalen oder internationalen Autorität mehr kontrollieren, geschweige denn in andere Bahnen lenken lässt.

Das «politische Übergewicht» der Finanzindustrie führt dann auch zur Vernachlässigung der massgeblichsten Leistungsträger, nämlich dem Mittelstand und damit auch den kleinen und middle-

ren Unternehmen, die in der Regel mehrheitlich auf ihre nationalen Heimmärkte ausgerichtet sind.

Dazu kommen falsche Anreize, die den Eigennutz über das Gemeinwohl stellen. Wettbewerbsvorteile durch Grössenwachstum (Übernahme von Firmen durch Fusionen oder Kapitalbeteiligungen), Outsourcing sowie Personalentlassungen bestimmen den Manager-Alltag in einer Grosszahl der Konzerne. Den Unternehmer oder Patron treffen wir noch am ehesten in den kleineren und mittleren Unternehmen an, die glücklicherweise immer noch mit Abstand den grössten Teil der arbeitenden Bevölkerung beschäftigen (2012 in der Schweiz 82,9%). Ansonsten verflüchtigt sich die Tradition, den Fortbestand der Unternehmung langfristig zu sichern (über Generationen hinweg) immer mehr. Mit dieser Entwicklung geht auch die bewusste Pflege der Mitarbeitertreue und die Wahrung des über Jahre hinweg angesammelten kaum bezahlbaren Erfahrungsschatzes verloren.

Im nationalen und internationalen Standortwettbewerb überbieten sich die konkurrierenden Städte, Länder und Nationen oder gar transnationale Wirtschaftsböcke mit Lockvogelangeboten an die Konzerne zu Lasten der Bevölkerung und des Gemeinwohls. Steuererleichterungen, Lockerung der Arbeitsgesetze, der Produktionsvorschriften sind nichts anderes als staatliche «Geschenke» für die Grossunternehmen, die den Staat finanziell massiv belasten. Manch einer wird die als Standortmarketing getarnten «Subventionen» als notwendig zur Erhaltung und Förderung von Arbeitsplätzen verteidigen. Die Frage ist nur: Zu welchem Preis? Auf der Gegenseite kommen nämlich die privaten Haushaltungen immer mehr unter Druck. Das Gesundheitswesen, die Bildung und die soziale Sicherheit werden durch Sparpakete und Reformen zurückgebunden. In die falsche Richtung bewegt sich auch der Staat, indem er sich immer mehr von unternehmerischen Auf-

gaben zurückzieht (Privatisierung). Zum Verlust von Einnahmen durch wirtschaftliche Aktivitäten verliert die öffentliche Hand die Möglichkeit, Sicherheit, Qualität und Zuverlässigkeit im Sinne der Versorgungssicherheit beim Grundbedarf aktiv zu gestalten. Vor allem für die Schweizer Stimmberechtigten bedingt die Privatisierung öffentlicher Aufgaben auch den Verlust der direktdemokratischen Einflussnahme auf die Grundversorgung.

Die Chancengleichheit und die soziale Sicherheit, deren Fundament durch eine gute Bildung, eine intakte Infrastruktur sowie durch eine solide Altersvorsorge (Rentensystem) und eine ausgeglichene Beschäftigungs- und Versorgungslage geschaffen wird, geraten immer mehr in Schieflage. Diese Entwicklung ist das Resultat einer neuen Wirtschaftsauffassung und von Menschen gemacht. So bedenklich diese Aussage im ersten Moment klingt, liegt in ihr auch eine Chance. Die Entwicklung lässt sich auch durch Menschen korrigieren.

Globalisierung als Schlagwort verzerrt die Realität

Die Perspektive, dass die Menschen selbst vor Ort aktiv werden könnten, wird durch die Propaganda der globalen Welt bewusst eingeschränkt. Auch wird die Suche nach Lösungen in eine völlig falsche Richtung gelenkt. Statt Eigeninitiative vor Ort werden Freihandel, transnationale Bündnisse und Verträge (TTIP, TISA, CETA usw.) bis zur Selbstaufgabe der nationalen Souveränität propagiert. Mit dieser Propaganda werden die positiven Kräfte der Hilfe zur Selbsthilfe, die Fähigkeit der Nationen, der eigenen Bevölkerung sichere Lebensbedingungen und eine lohnenswerte Zukunft zu sichern, bewusst diskreditiert. Man kann Probleme so hoch auf türmen, dass Staaten und deren Bürger vor den Herausforderungen kapitulieren und Problemlösungen an eine höhere Instanz delegieren (EU, UNO-Klimakonferenz, Nato, IWF, OECD usw.). Dabei weiss jeder ganz genau, um eine Wegstrecke zurückzulegen, muss ein Schritt nach

dem andern folgen; das heisst, der globale Rundumschlag funktioniert nicht, jeder soll in seinem Einflussbereich selbst und zielgerichtet aktiv werden. Das Bewusstsein, vor Ort durch Eigenleistung die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können, muss gestärkt werden. Es mag nostalgisch klingen, wahr ist es trotzdem. Den Krisen im 20. Jahrhundert wurde zum Beispiel mit dem Aufruf «Kauft einheimische Produkte», man könnte auch sagen «ehrt einheimisches Schaffen» entgegengehalten.

Der Weltagrарbericht gibt uns eine Antwort

Bei der Suche nach Lösungen können wir bereits auf Erfahrungen und fundierte Studien zurückgreifen. Im Weltagrарbericht (2008) werden Lösungen im Kampf gegen Hunger und Armut aufgezeigt. Auch wenn sich der Bericht mehrheitlich auf die Entwicklungsländer bezieht, lässt er auch Rückschlüsse für uns West-Europäer zu. Schon die Tatsache, dass dieser Bericht von den offiziellen Stellen geradezu sträflich vernachlässigt wird, müsste uns nachdenklich stimmen. Die unterdrückte Diskussion über diesen Bericht ist die Bestätigung, dass der Inhalt dieser Studie eine reale Bedrohung für die globale Konzern- und Wachstumswirtschaft ist. Einerseits werden ein paar «Heilsversprechungen» widerlegt, indem eindeutig festgehalten wird, dass die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion im Kampf gegen Hunger und Armut in den letzten Jahrzehnten keinen nachhaltigen Beitrag brachte. Wachstumsförderer, (Dünger, Pestizide, verändertes Saatgut usw.) sind eher kontraproduktiv, da sie die Umwelt und die natürlichen Ressourcen belasten. Dazu kommt, dass die örtlichen Produktions- und Versorgungsstrukturen durch Dumping-Importe aus den dominierenden Agrar-Exportüberschussländern zerstört wurden und die vielen Kleinbauernfamilien ihre Arbeit verloren haben. Empfohlen wird eine Rückkehr respektive Neubesinnung auf die Vorteile von kleinen, übersichtlichen Wirtschaftskreisläufen. Es

geht darum, die örtlichen Ressourcen voll auszuschöpfen, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale, örtliche Versorgungsstrukturen einzurichten.

Bezogen auf unsere Problemstellung bestätigt der Weltagrарbericht, dass existenzielle Probleme nicht durch Mengenwachstum und globale Freihandelsabkommen gelöst werden, sondern vor allem durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Arbeit gibt es nämlich genug, es fehlt nur die Bereitschaft, das notwendige Geld dafür bereitzustellen, da nicht jede Arbeit Renditen von über 20 und mehr Prozent abwirft. Die Existenzsicherung durch Arbeitseinkommen muss zwingend erste Priorität erhalten und die Renditenerwartungen der Hochfinanz müssen weit hinten eingeordnet werden. Dies würde sofort ganz neue Perspektiven und Chancen für örtliche, regional übersichtliche Wirtschaftskreisläufe eröffnen.

Oder anders ausgedrückt: Wir können die Notenpressen noch so schnell laufen lassen (künstliche Wachstumsförderer), wir können den maroden Banken noch so viele faule Kredite abnehmen, wir können die Wettbewerbsfähigkeit durch Abstriche bei der sozialen Sicherheit, bei den Produktionsvorschriften oder durch Steuerentlastungen der Konzerne und Öffnen der Märkte noch so pushen, alles läuft ins Leere, weil nur wenige und nicht die Gemeinschaft von diesen «Wirtschaftsförderungsmaßnahmen» profitieren und keine neuen zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Eigeninitiative und Kooperation als Ausweg

Die Korrektur zum «Selbst-Hand-Anlegen» kann nicht delegiert werden. Wer glaubt, die Hände einfach in den Schoss legen zu können und auf bessere Zeiten zu warten, dürfte schwer enttäuscht werden. Was es jetzt braucht, sind das Engagement des einzelnen, der Wille zur Selbsthilfe und die Fähigkeit zu kooperieren. Eine über lange Zeit bewährte Form der Überwindung von schwierigen Zeiten finden wir dann auch in der Aufforderung «Einer für alle – alle

Fortsetzung auf Seite 12

Eindrückliche Leistungsschau der Schweizer Bauernfamilien

von Reinhard Koradi



Ein mit Liebe zubereitetes, reichhaltiges 1. August-Buffer. (Bild Schweizer Bauernverband)

Am 1. August laden die Schweizer Bauern die Bevölkerung zum 1. August-Brunch ein. Auf rund 350 Bauernhöfen wird alles auf Hochglanz gebracht und eine reichhaltige Fülle an Köstlichkeiten aus eigener Produktion präsentiert. Jeder Besucher erkennt hinter diesem grossartigen Engagement den Stolz und die Begeisterung der Bauernfamilien für ihre Arbeit auf dem Hof und in der Küche. Käse, Trockenfleisch, selbstgebackene Zöpfe und Brote, frische Butter, hausgemachte Konfitüren aus den verschiedensten Früchten vom Hof, Kuchen und Fruchtwähen sowie andere verführerische Süssigkeiten laden in reicher Auswahl zum Schlemmen und Geniessen ein. Frische Milch, Kaffee und Süssmost wie die warmen Speisen, Speckrösti, Spiegeleier oder Grillwürste aus eigener Produktion runden das reichhaltige Buffet ab. Fleissige Helfer sorgen dafür, dass keine Lücken in diesem liebevoll hergerichteten Schlemmerparadies entstehen. Rund 300 bis 400 Besucher pro Hof, manch-

mal auch mehr, werden am Nationalfeiertag bewirtet. Diese beispielhafte Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der involvierten Bauernfamilien – oder auch Dienst an der Bevölkerung – sind am 1. August sehr gut zu spüren. Der offene Hof ist Ausdruck gelebter Gastfreundschaft, unterstreicht aber auch den ausgeprägten Berufsstolz der Landwirte in unserem Land. Der Blick in den Stall, die geschmückten Bauernhäuser zeigen uns einen Berufsstand, der die Herausforderungen der Zeit, verbunden mit der bäuerlichen Tradition der Familienbetriebe, angenommen hat. Das «berufliche Handwerk» der Bäuerinnen und Bauern ist sehr eng mit dem Wohlergehen der einheimischen Bevölkerung und auch mit der Sicherheit, gesunde Nahrungsmittel zu verarbeiten, verknüpft.

Unsere Bauern sind eine tragende Säule für eine gesunde, natürliche Ernährung, für die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und damit auch für die Unabhängigkeit der Schweiz. Durch ihre täg-

liche Arbeit leisten sie einen enormen Beitrag zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Erhaltung einer schönen, intakten Landschaft. Kurzum, die Schweizer Bauernfamilien verdienen unsere uneingeschränkte Hochachtung für ihre Arbeit. Unverständlich ist dann auch, wie die Bauern durch Gesetze, Vorschriften und Kontrollen derart an die Kandare genommen werden. Die Leistungsschau am 1. August sollte eigentlich weit mehr als ein Reifezeugnis sein und den Weg für eine unabhängige, selbstbestimmte Landwirtschaft in unserem Land frei machen.

Die Politik – die verschliesst die Augen

Die aktuelle Landwirtschaftspolitik kann oder will diesen reichhaltigen und letztlich unbezahlbaren Schatz, der in der einheimischen Landwirtschaft steckt, nicht anerkennen. Dies führt zu einer völlig verkehrten Landwirtschaftspolitik in unserem Lande. Statt aufzubauen, wird zerstört, Bauernbetriebe werden im Rahmen der bewusst angestrebten Strukturbereinigung vernichtet und der Schatz am Pokertisch über Freihandelsverträge verspielt.

Die rund 160 000 Besucher des 1. August-Brunchs müssten diesem unverantwortlichen Treiben ein Ende setzen. Die Zahl für eine entsprechende Initiative wäre ja eigentlich mit dem Ansturm auf die herrlichen Bauernbuffets längst sichergestellt. Es ist im Sinne des Bürgers, einen gesunden und vielfältigen Bauernstand einzufordern und zu stützen, sonst verlieren wir eine zuverlässige und sichere Grundlage der Ernährung in unserem Land, was sehr schmerzlich sein wird, und die vielen herrlichen Ausflugsziele an unserem Nationalfeiertag. ■

Fortsetzung von Seite 11

für einen». Die Genossenschaftsidee kann auf viele Lebensbereiche übertragen werden. Warum nicht eine Gegenbewegung auslösen, um den Karren wieder in die richtige Spur zu stellen?

In einer Genossenschaft schliessen sich Menschen zusammen, die bereit sind, durch Eigenverantwortung, Eigenleistung und Selbstbestimmung selbst Hand anzulegen, um ihre Existenzgrundlagen zu gestalten und zu sichern. Wohnen,

Ernähren und Arbeiten sind geeignete Einsatzbereiche, die im Rahmen einer Genossenschaft mit Leben gefüllt werden können. Ideen dazu werden in einer der nächsten Ausgaben von «Zeitgeschehen im Fokus» dargestellt. ■